

aufnehmen. Wir gehen also in aller Breite vor und können damit das Thema gut abdecken. Deswegen ist ein Gesetzentwurf nach wie vor nicht notwendig. Ich freue mich trotzdem auf die Beratungen im Ausschuss und hoffe, dass wir das Thema hier im Hohen Hause noch einmal gemeinsam behandeln können.

(Beifall bei der FDP)

**Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, nachdem wir heute Morgen ein Gedenken an die Opfer von braunem Terror gehabt haben, bitte ich Sie, nach der Mittagspause hier unserer verstorbenen ehemaligen Mitglieder zu gedenken und deshalb pünktlich um 13.35 Uhr hier im Saale zu erscheinen. Es wäre schön, wenn sich ein paar Kollegen und Kolleginnen hier rechtzeitig einfänden. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von 13.07 bis 13.40 Uhr)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben. Ich möchte zweier Kollegen gedenken, die verstorben sind.

(Die Anwesenden erheben sich)

Erst mit Schreiben vom 11. November 2011 haben wir erfahren, dass unser ehemaliger Kollege Dr. Rudi Richter bereits am 30. Oktober 2011 im Alter von 84 Jahren verstorben ist. Er gehörte dem Hohen Haus von 1978 bis 1990 an und vertrat die CSU-Fraktion für den Wahlkreis Mittelfranken. Dr. Rudi Richter war Mitglied in verschiedenen Ausschüssen, unter anderem im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.

Vor seiner Abgeordnetentätigkeit war er in leitenden Positionen in der Wirtschaft tätig und engagierte sich als Stadtrat für seine Heimatregion Fürth. Seine Erfahrungen in diesem Bereich brachte er in seine Arbeit im Bayerischen Landtag ein, wo er stets mit Kompetenz und Überzeugung seine Meinung vertrat.

Am 18. November 2011 verstarb unser ehemaliger Kollege Alfons Gerstl im Alter von 91 Jahren. Von 1962 bis 1972 war er Mitglied des Bayerischen Landtags und vertrat dort für die Fraktion der SPD den Wahlkreis Niederbayern. Alfons Gerstl war Mitglied im

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie im Landessportbeirat.

Alfons Gerstl war Politiker durch und durch. Als langjähriger 1. Bürgermeister, als Stadt- und Kreisrat hat er sich stets für die Belange der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt und insbesondere während seiner Amtszeit als Bürgermeister zahlreiche bedeutende Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt.

Neben und nach seiner politischen Tätigkeit war Alfons Gerstl ein beherzter Streiter für den sozialen Bereich, für den er sich besonders in den Reihen der Arbeiterwohlfahrt große Verdienste erwarb. Der überzeugte Sozialdemokrat wurde für seine Leistungen mit zahlreichen Auszeichnungen geehrt, darunter mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Der Bayerische Landtag wird den Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren der Toten von den Plätzen erhoben. Ich bedanke mich bei Ihnen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

#### **Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Energiewende jetzt! - Energieleitplan für Bayern  
(Drs. 16/10398)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner u. a. und Fraktion (FDP), Georg Schmid, Renate Dodell, Tobias Reiß u. a. und Fraktion (CSU)  
Energiewende gestalten - Umbau der bayerischen Energiewende zielgerichtet vorantreiben  
(Drs. 16/10419)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als Erstem darf ich Herrn Kollegen Glauber für die FREIEN WÄHLER das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit unserem Antrag "Energiewende jetzt! - Energieleitplan für Bayern" wollen wir das Ziel erreichen, einen roten Faden zu spinnen, wie wir die Energiewende in Bayern gestalten können. Aus unserer Sicht

fehlt der rote Faden, an dem wir uns entlanghangeln können. Wenn wir davon sprechen, dass wir die Energiewende aus Sicht der Kommission bis 2020, aus Sicht der Staatsregierung bis 2022 "Weg von der Atomkraft - hin zu erneuerbaren Energien" erreichen wollen, dann müssen wir unsere Kommunen in die Energiewende entscheidend einbinden. Dazu braucht man einen roten Faden, einen Leitplan, an dem man sich entlanghangeln will, an dem wir uns entlangentwickeln können.

Im Energiekonzept der Staatsregierung lesen wir, dass fünf Gaskraftwerke gebraucht werden. Warum fünf Gaskraftwerke? Man muss wohl davon ausgehen, dass man die Gaskraftwerke an den jetzigen Standorten der Atomkraftwerke aufgrund der Netzstabilität und Netzversorgung errichten will, um letztlich diesen Umbau zu sichern. Das ist aber nicht unser Ziel, weil wir gar nicht wissen, ob wir fünf Gaskraftwerke überhaupt brauchen. Wo steht, dass wir fünf Gaskraftwerke brauchen? Wir brauchen als erstes einen Masterplan, einen Leitplan, was die einzelnen Regionen zur Energiewende beitragen und leisten können.

Darum zielt unser Antrag darauf ab: Wir machen eine Bedarfsschau in den Landkreisen. Wir machen eine Bedarfsschau in den kreisfreien Städten und ermitteln aus dem vorhandenen Potenzial erneuerbarer Energien, was wir vielleicht noch dezentral zubauen müssen, um bis 2020 das Ziel "Weg von der Atomenergie - hin zu erneuerbaren Energien" zu erreichen. Wir setzen auf dezentralen Zubau. Das wäre eher eine Chance für Kraft-Wärme-Kopplung, für lokale flexible Einheiten, um das Maximale an erneuerbaren Energien zu erzeugen.

Unser Antrag zielt darauf ab, erst einmal den roten Faden zu ermitteln, was die Kommunen leisten können.

München will bis Mitte 2020 die erste Stadt sein, die sich zu 100 % aus erneuerbaren Energien versorgt. Die Stadt München kann aber ihren Bedarf nicht selbst erzeugen. Das funktioniert nur über Offshore-Windkraft. In diese Erzeugung steigt die Stadt München ganz groß ein. Es ist klar, dass wir dann starke Netze brauchen, um eine Stadt wie München versorgen zu können.

Wir haben in der letzten Woche erlebt, was TenneT macht. Sie wirft der Bundesregierung mehr oder weniger den ganzen Katalog vor die Füße und sagt: Gebt uns mehr Geld, oder wir tun nichts mehr.

Auch daran sehen wir, dass wir einen roten Faden brauchen, um überhaupt zu ermitteln, welche Netze wir brauchen, ob wir Höchstspannungsnetze oder

Niederspannungsverteilungsnetze brauchen und in welcher Anzahl wir die Netze brauchen. Darum unser Antrag, dass wir einen roten Faden brauchen.

Das Wirtschaftsministerium unter Wirtschaftsminister Zeil sagt: Mit "Energie innovativ" sind wir auf einem guten Wege. - Wir sehen das nicht so. Fragen, die wir stellen, werden teilweise nicht beantwortet, oder man wird auf die Regionen verwiesen. Da holt man sich doch besser gleich am Anfang die Information aus der Region und macht einen Masterplan, um die Entwicklung zu kontrollieren und zu begleiten. Die Begleitung der Energiewende fehlt eben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Zeil, für uns wäre es elementar wichtig gewesen, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise im Lenkungsausschuss vertreten wären; denn sie sollen einen großen Beitrag zur Energiewende leisten. Ich kann nicht verstehen, warum man diese drei für Bayern so entscheidenden Gremien nicht mit in den Lenkungsausschuss hineingenommen hat. Das ist ein völlig falscher Ansatz. Wir fordern daher einen Masterplan. Vielleicht bekommen wir es auch noch hin, dass im Lenkungsausschuss unsere Kommunen, Städte und Landkreise vertreten sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Thalhammer das Wort.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden den Antrag aus formalen und aus inhaltlichen Gründen ablehnen.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schweiger (FREIE WÄHLER))

Der formale Grund ist, liebe Kollegin Schweiger, dass die FREIEN WÄHLER hier Parteitaktik an den Tag legen. Wir haben uns im Bayerischen Landtag geeinigt, dass wir die Energiewende mit einer Energiekommission begleiten werden, der auch die FREIEN WÄHLER angehören, und in der wir in der nächsten Sitzung die wichtige Frage des Netzausbaus bearbeiten werden. Ich bin vollkommen bei Ihnen, Herr Kollege Glauber, dass das eine der entscheidenden Stellschrauben ist. Sie schelten TenneT. Machen Sie das bitte in der nächsten Sitzung der Energiekommission; denn TenneT, das für den Ausbau der großen Übertragungsnetze zuständig ist, hat seine Anwesenheit angekündigt. Dort können wir uns in einer Sachdiskussion mit dieser Thematik beschäftigen und müssen das nicht auf offener Bühne neben der Energiekommission tun.

Die FREIEN WÄHLER fordern, sie wollten aktiv mitarbeiten, sie hätten Ideen, die sie einbringen möchten. Das begrüße ich sehr. Ich freue mich auf jede Ihrer Ideen. Da wir aber zur Zusammenarbeit eine Energiekommission eingesetzt haben, sollten wir dort zusammenarbeiten und Debatten nicht hierher verlagern oder Ergebnissen vorgreifen, die wir in der nächsten und übernächsten Sitzung erarbeiten wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glauber?

**Tobias Thalhammer (FDP):** Bitte.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Bitte, Herr Kollege.

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** Lieber Kollege Thalhammer, ich habe das Unternehmen TenneT in keiner Weise gescholten, sondern ich habe gesagt, dass ein Unternehmen wie TenneT einen roten Faden braucht, um unternehmerisch vernünftig handeln zu können.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Kollege Glauber, es freut mich, dass es keine Fundamentalkritik war. Dennoch meine ich, dass wir als Politiker es uns nicht anmaßen sollten, einem Unternehmen vorzuschreiben, wie es zu handeln hat. Glauben Sie mir, TenneT hat so viel Know-how, TenneT kennt die Hürden beim Netzausbau ganz genau. Glauben Sie mir, die Vertreter werden uns das in der nächsten Sitzung der Energiekommission sagen. Dort können wir uns sachlich auseinandersetzen. Dort wird es für jeden von uns, sogar für die FREIEN WÄHLER, einen Wissenszuwachs geben.

Ich habe gesagt, dass ich den Antrag auch aus inhaltlichen Gründen ablehnen werde. Die Energiewende in Bayern ist das entscheidende Thema und die größte Herausforderung. Sie fordern ein Teilkonzept für Strom. Wir aber brauchen kein Teilkonzept, sondern ein Gesamtkonzept. Sie beschäftigen sich punktuell mit Strom für Kommunen. Die Wärme lassen Sie komplett aus. Es macht keinen Sinn, an dieser Stelle den einen oder anderen Baustein zu diskutieren. Wir sollten uns parteiübergreifend in der Energiekommission der großen Herausforderung stellen. Lassen Sie uns gemeinsam die Bausteine erarbeiten, um sie zu einem Gesamtkonzept zusammenzubringen. Ich kann Ihnen sagen, wo Sie das Gesamtkonzept, das Sie suchen, finden können: auf der Homepage des bayerischen Wirtschaftsministeriums.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Bayern hat als einziges Bundesland und auch im Vergleich zur Bundesebene ein Gesamtenergiekonzept vorgelegt, das nicht auf Märchen beruht. Wir haben es durchgerechnet. Wir haben einen genauen Fahrplan vorgegeben, und wir sind uns bewusst, wie sportlich dieser Fahrplan für Bayern ist. Damit wir diesen sportlichen Fahrplan umsetzen können, müssen wir gemeinsam arbeiten. Dazu dient die Energiekommission.

Ich erinnere mich nicht, dass das Wirtschaftsministerium Fragen nicht beantwortet hätte. Sie waren in der letzten Sitzung der Energiekommission physisch anwesend, vielleicht waren Sie geistig abwesend. Das Wirtschaftsministerium hat einen umfassenden Fragenkatalog des Kollegen Ludwig Hartmann

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Der nicht beantwortet worden ist!)

innerhalb weniger Tage sehr umfangreich und ausführlich behandelt. Wir haben über eineinhalb Stunden lang darüber diskutiert. Wer dies nicht vernommen hat, den bitte ich, das Protokoll nachzulesen.

Warum ich den Antrag ablehnen werde, liegt vor allem an Ziffer 2, die den Kommunen Vorteile verschaffen würde. Vor Fukushima konnte man von den Kommunen vernehmen: Ja, wir könnten, wir wollten, wir strotzen vor Kraft und könnten die Energiewende schaffen, wenn uns die Staatsregierung ließe. Jetzt lassen wir die Kommunen. Wir wissen, dass wir die Energiewende nur gemeinsam mit den Kommunen schaffen können, und zwar nicht nur mit den Kommunen, sondern mit jedem einzelnen Bürger und mit der Industrie. Die Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen setzen. Die Energiewende und die erneuerbaren Energien leben vom Mitmachen aller, von den Kommunen, den Bürgern und der Wirtschaft/Industrie. Es kann nicht sein, dass Sie die finanziellen Belastungen einseitig auf die Bürger abschieben

(Ludwig Wörner (SPD): Das machen doch Sie!)

oder auf die Industrie, ohne dass sich die Kommunen in irgendeiner Weise finanziell beteiligen müssen. Das geht nicht. Bei der Energiewende müssen alle mitmachen, und jeder muss bereit sein, zumindest vorübergehend einen gewissen finanziellen Beitrag zu leisten. Das bitte ich zu berücksichtigen. Auch deshalb ist Ihr Antrag abzulehnen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Lassen wir an dieser Stelle die Gefechte bleiben, arbeiten wir sachlich in der Energiekommission zusammen. Wir könnten uns viele Stunden Sitzungszeit spa-

ren, wenn wir jeden einzelnen Punkt hier diskutieren wollten.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Redepult. Frau Kollegin Stahl hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Christine Stahl (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Herr Kollege, ich will der Mythenbildung vorbeugen. Sie haben für uns gar nichts eingerichtet, schon gleich gar keine Kommission, weil wir sie nicht wollten. Wir wollten das Thema in einem Ausschuss behandeln, der ordentlich öffentlich tagt und der beschlussfähig ist.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Das jetzige Gremium diskutiert zwar nicht so vollumfänglich, wie es Fragenkataloge hergeben würden. Gleichwohl bitte ich bei der Wahrheit zu bleiben. Sie preisen die Mitmach- und Mitwirkungsdemokratie in der Form, da Sie meinen, alle müssten die Energiewende tragen. Aber Sie richten ein Gremium ein, das nichts zu entscheiden hat. Das musste klargestellt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

**Tobias Thalhammer (FDP):** Frau Präsidentin, liebe Frau Kollegin Stahl! Ein Plädoyer seitens der GRÜNEN für die Mitmach-Demokratie ist seit ihrem stadtinternen Bürgerentscheid zum Flughafenausbau, dessen Ergebnis sie nur anerkennen wollen, wenn es nach ihrem Gutdünken ausfällt, nicht nachvollziehbar. Deshalb verbitte ich mir eine Belehrung, wie Mitmach-Demokratie aussehen sollte.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Deshalb hat die FDP im Stadtrat abgelehnt!)

Zum einen tagt die Energiekommission öffentlich. Die Zuschauerplätze sind durchaus belegt. Zum anderen hat die Opposition formuliert und gefordert, dass bei der Energiewende alle mitmachen müssten. Ich meine, wenn wir einen Ausschuss hätten, würde es uns nicht gelingen, parteiübergreifend gemeinsame Lösungen zur Energiewende zu finden.

(Natascha Kohlen (SPD): Warum?)

In einem Ausschuss hätten wir das klare Spiel von Anträgen, die parteipolitisch motiviert sind. Die Energiekommission zieht den logischen Schluss, dass bei der Energiewende alle mitmachen müssen,

(Widerspruch vonseiten der SPD)

die Bürger, die Kommunen, die Industrie und, meine Damen und Herren, auch alle Parteien.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Alexander König (CSU))

**Präsidentin Barbara Stamm:** Nächste Wortmeldung für die CSU: Kollege Tobias Reiß, Vorsitzender der Energiekommission.

**Tobias Reiß (CSU):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Stahl, ich bin ein Stück weit von der Art und Weise überrascht, wie wir aus Anlass des vorliegenden Antrags über die Arbeit der Energiekommission diskutieren, die wir erst in drei Sitzungen aufgenommen haben. Ich habe in den Sitzungen den Eindruck gewonnen, dass wir das Thema "Umstieg auf die neuen Energien" ernsthaft diskutieren und durchaus bereit sind, uns den Fragenkatalog zu eigen zu machen. Dadurch haben wir dem Wirtschaftsministerium in weniger als vierzehn Tagen nicht wenig Arbeit zugemutet. Wir sind uns darüber einig, dass es dazu noch Nachfragen geben wird und wir das eine oder andere noch vertiefen werden. Wir sollten uns auch darüber einig sein, dass die Energiekommission insgesamt die Chance bietet, wie es Herr Kollege Thalhammer dargestellt hat, gemeinsam einen Beitrag zum Umstieg auf die erneuerbaren Energien in Bayern zu leisten, alle Akteure wie die Kommunen einzubinden sowie die Stimme der Regionen und der Bürgerinnen und Bürger Bayerns zu sein. Das ist zumindest unser Anspruch. In den ersten Sitzungen habe ich den Eindruck gewonnen, dass wir diesen Ansprüchen gerecht werden wollen.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Reiß, Herr Kollege Hartmann hat um eine Zwischenfrage gebeten.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Kollege Reiß, stimmen Sie mir zu, dass in der Energiekommission parteiübergreifend die Auffassung vertreten worden ist, dass der Bericht des Ministeriums unzureichend war? Das Ministerium hatte 14 Tage zur Bearbeitung eines Themas Zeit, mit dem es sich jeden Tag befasst. Man hätte durchaus schnellere Antworten erwarten können. Stimmen Sie mir zu, dass es sich bei einer Reihe von Fragen um Informationen handelt, die im Internet bei bestimmten Versorgern abgerufen werden können? Das Ministerium war nicht in der Lage, die von der Energiekommission gewünschten Informationen auf den Tisch zu legen und darüber zu referieren. Stimmen Sie mir zu oder nicht?

**Tobias Reiß (CSU):** In dieser Tragweite stimme ich Ihnen selbstverständlich nicht zu. Das Ministerium hatte 50 Fragen zu beantworten. Die Fragen, die in der Kürze der Zeit beantwortet werden konnten, sind beantwortet worden. Es ist nicht die Aufgabe des Mi-

nisteriums - ich möchte dem Herrn Staatsminister nicht vorgreifen -, aus dem Internet oder sonstigen Quellen Daten zu fischen, sondern auf der Basis amtlicher Statistiken zu arbeiten. Wir als Energiekommission sollten keine Informationen erwarten, wenn diese in der Kürze der Zeit nicht eingeholt werden können. Zugleich haben wir ebenfalls den Anspruch zum Ausdruck gebracht, angemessen informiert zu werden.

Das Ziel, Bayern in zehn Jahren zu 50 % aus regenerativen Energien zu versorgen, ist in der Begründung des Antrags der FREIEN WÄHLER noch einmal ausgeführt worden. Dazu benötigen wir ein koordiniertes Vorgehen und die Zusammenarbeit auf allen politischen Ebenen. Der rote Faden, den Herr Kollege Glauber angesprochen hat, ist dabei sicherlich die richtige Formulierung. Deswegen sind die Kommunen ein wichtiger Partner beim Umbau der Energieversorgung. Aufgrund ihrer Planungshoheit sind sie die Träger. Wir brauchen sie beim Ausbau von Stromtrassen und der Festlegung von Standorten. Gemeinsame Flächennutzungspläne zum akzeptierten Ausbau beispielsweise der Windenergie müssen vor Ort erarbeitet werden. Wir brauchen die Kommunen aber auch als Organisatoren der Energiewende vor Ort und als Träger regionaler Initiativen wie Energiegenossenschaften. Wir brauchen die Kommunen und die Verantwortlichen, weil sie das Vertrauen der Menschen bei der Finanzierung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien durch die Energiegenossenschaften genießen. Sicherlich bekommen wir noch viele Baustellen und Handwerker, die am Ende ein bayerisches Energiegebäude, das optimal energetisch versorgt und bezahlbar ist, schaffen werden. In diesem Zusammenhang besteht die Gefahr - das kommt auch im Antrag zum Ausdruck -, dass unkoordinierte Einzellösungen der Energieversorgung auf regionaler und kommunaler Ebene entstehen, die von einem gesamtwirtschaftlichen Optimum weit entfernt sind. Aus diesem Grund bedarf es einer intensiven Koordination und Netzwerkbildung. Das fordern die kommunalen Spitzenverbände zu Recht.

Das ist der Hintergrund des Antrags der FREIEN WÄHLER. Die Vorlage eines Teilenergieplans Strom, der zum Teil umfangreiche Daten- und Potenzialhebungen erfordert sowie den Energiebedarf und das Potenzial einzelner Erneuerbare-Energien-Träger städte- und landkreisscharf ermitteln soll, geht nicht auf andere wichtige Themengebiete wie die Wärme ein. Darauf hat Herr Kollege Thalhammer schon hingewiesen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Kommunen landkreis- und städtische Energieleitpläne, die von der Staatsregierung erstellt werden, befürworten. Energiekonzepte lassen sich nicht von oben verordnen. Das wissen Sie und wir alle. Wir

müssen gemeinsam daran arbeiten und die regionalen Initiativen annehmen.

Wir lehnen den Antrag auch deshalb ab, weil wir keine Erwartungen wecken sollten, die am Ende nicht erfüllt werden können. Die geforderte Detailschärfe für alle bayerischen Landkreise und kreisfreien Städte ist zu vertretbaren Aufwendungen sicherlich nicht zu leisten. Die Bayerische Staatsregierung fördert die Erstellung kommunaler und interkommunaler Energienutzungspläne und hat hierzu einen Leitfaden herausgegeben. Sicherlich brauchen wir eine Intensivierung dieses Dialogs sowie eine Intensivierung der Zusammenarbeit zum Umbau der Energieversorgung mit den Kommunen. Unabhängig davon müssen wir den roten Faden ständig durch Monitoring und Fortschrittsberichte - das ist auch vorgesehen - begleiten. Dabei müssen selbstverständlich der Ist-Zustand und der Bedarf von Energieinfrastruktur und der Ist-Zustand und der Zubau im Bereich erneuerbarer Energien dargestellt werden, um rechtzeitig Maßnahmen zur Nachsteuerung und zur Beschleunigung einleiten zu können, wenn die Ziele nicht erreicht werden.

Letztlich wird der Ausbau nicht nur der Verteilnetze, sondern auch der Übertragungsnetze und die Schaffung von Speicherkapazitäten - darin sind wir uns alle einig - bestimmen, welchen Anteil die erneuerbaren Energien an der künftigen Stromversorgung haben werden. Nicht zuletzt werden wir in der Energiekommission darauf zu achten haben, dass die Staatsregierung diese Ausbauziele gemeinsam mit allen Akteuren konsequent umsetzt. Dazu sind wir bereit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Das Wort hat Herr Kollege Wörner für die SPD-Fraktion.

**Ludwig Wörner (SPD):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich für die SPD-Fraktion feststellen, dass wir über die heutige Diskussion entsetzt sind. Ich bin mit dem Vorsatz in die Energiekommission gegangen, gemeinsam über Parteigrenzen hinweg vernünftige und solide Arbeit im Interesse Bayerns und der Bürgerinnen und Bürger abzuliefern.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Jetzt beginnt durch die Hintertür der Wettlauf mit den Anträgen. Das hat Herr Kollege Thalhammer schon beklagt. Wir hätten dazu keine Kommission gebraucht, sondern gleich Parlamentarismus im Umweltausschuss spielen können. Sie hätten auch den von uns gewünschten Energieausschuss gründen können. Dann wäre das Vorgehen logisch und konsequent gewesen. Jetzt machen wir uns gegenseitig das Hase-

und-Igel-Spiel vor und bringen Anträge durch die Hintertür ein. Kolleginnen und Kollegen, wenn das Ihr Ziel ist, wird die Zusammenarbeit sehr schwierig werden. Dann hauen wir uns wöchentlich Anträge um den Kopf und erzählen uns in der Kommission, wie schön das alles ist. Deswegen haben wir keine Anträge und keine nachgezogenen Anträge eingereicht. Ich appelliere an uns alle, darüber nachzudenken, ob die gewählte Form der richtige Weg ist. In diesem Falle können wir die Kommission auch bleiben lassen und Parlamentarismus im Unterausschuss betreiben. Dort könnte ich jede Woche einen Antrag schreiben. Damit hätte ich kein Problem. Sie werden unseren Antrag ablehnen. Vier Wochen später bringen Sie einen Antrag ein, den wir wiederum ablehnen werden. Das war nicht gewünscht.

Ich appelliere an uns alle: Hören wir auf damit. Wir lassen das als einmaligen Ausrutscher stehen. Wir werden den Anträgen zustimmen, weil sie nicht schaden. Sie nutzen aber auch nichts, wenn man ehrlich ist. Das bringt uns und Bayern nicht weiter. Selbstverständlich werden wir Datengrundlagen über die gesamten Netze Bayerns brauchen. Ein Netz kann nicht nebenbei an irgendeiner Stelle gestrickt werden. Für den Ausbau der unterschiedlichen Netze brauchen wir eine Gesamtschau. Von daher glaube ich, dass die Daten notwendig sind. Eigentlich wollten wir in einer der nächsten Sitzungen darüber diskutieren, was notwendig ist.

Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung sind wir uns völlig einig gewesen. Bürgerbeteiligungen sollen in den Kommunen erfolgen und über die Landkreise mit Energieagenturen gesteuert werden. Jetzt dröseln wir das Ganze wieder auf. Das passt nicht mehr zusammen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will die Sache nicht verschärfen. Wir stimmen nur deshalb zu, weil keiner der Anträge schadet. Sie nützen weder der Sache noch uns selber. Wir glauben nämlich, dass dieses Problem, wie wir es schon oft diskutiert haben, nur im Zusammenspiel aller gelöst werden kann. Wir dürfen die Gemeinden nicht im Stich lassen. Wir müssen ihnen finanziell und personell helfen. Nach unserer Meinung müssen wir uns an die Landkreise wenden, nicht etwa deswegen, weil ich dem Ministerium oder den Regierungen die Energiewende nicht zutraue, sondern weil sie einfach zu weit weg sind. Das Ministerium und die Regierungen sollen die Gesamtschau haben. Dagegen habe ich überhaupt nichts. Irgendwo muss der gesamte Prozess auch gesteuert werden. Vor Ort muss aber darüber entschieden werden, wie es gemacht wird, sonst bekommen wir keine Akzeptanz. Dafür werben wir schon seit langer Zeit. Wenn es uns gelingt, Akzeptanz zu finden, sind wir

auf einem guten Weg. Lassen Sie uns deshalb das Projekt nicht durch ein Klein-Klein zerstören.

Appellieren möchte ich auch an die Kolleginnen und Kollegen, die draußen manchmal etwas leichtfertig auf einen fahrenden Zug springen, weil es gerade so schön ist und weil sie nicht Nein sagen möchten. Derjenige, der weiß, dass wir die Geothermie brauchen - hier im Haus sind wir uns darüber einig, dass wir sie brauchen -, darf sie draußen nicht verteufeln. Wenn dies aber geschieht, bin ich gerne bereit, in den Debatten auch Namen zu nennen. Noch nenne ich sie nicht. Es kann nicht sein, dass wir uns hier im Haus darüber einig sind, wie wir vorgehen und was wir tun, dass wir aber draußen bei einer Bürgerinitiative den Finger heben und sagen: Alles ist Käse, alles ist gefährlich und alles ist Schmarrn, es bringt nichts und lohnt sich nicht, deshalb kann man sich dieses Projekt auch nicht leisten. Das geht schief, und dann glaubt euch auch keiner mehr etwas. Mit einem ehrlichen Verhalten können wir auch ein Stück Glaubwürdigkeit für die Politik zurückgewinnen. Deswegen bitte ich euch: Lasst solche Äußerungen bleiben, sie bringen uns nicht weiter. Sie mögen dem einen oder anderen eine Stimme vor Ort bringen, für das Ganze bringen sie überhaupt nichts. Im Gegenteil, die eine Stimme geht möglicherweise auch noch verloren, wenn klar wird, wer wo welches Spiel spielt.

Ich bin der Meinung, es ist notwendig, Geld für die verschiedenen Maßnahmen aufzuwenden. Bei den Haushaltsberatungen werden wir sehr genau überprüfen, für welche Maßnahmen Sie Geld aufwenden. Die entscheidende Frage ist, wie wir es organisieren, dass die Kommunen und Landkreise die notwendigen Mittel bekommen, um planen und Debatten mit den Bürgerinnen und Bürgern führen zu können. Damit holen wir auch wieder ein Stück Bürgerdemokratie zurück. Damit wird die Politik wieder mehr akzeptiert. Lassen Sie uns daran arbeiten, und lassen Sie uns aufhören mit diesen seltsamen Geschichten. Sie bringen uns nicht weiter.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich darf bekanntgeben, dass die CSU-Fraktion für den gemeinsamen Antrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich fahre fort in der Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Hartmann für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen des Antrags der FREIEN WÄHLER ist grundsätzlich richtig und sinnvoll. Mittlerweile sind sich alle Parteien darin einig, dass wir die Energie-

wende zügig voranbringen müssen. Die FREIEN WÄHLER fordern mit ihrem Antrag eine Bestandsaufnahme. Die Energiekommission wurde bereits angesprochen. Sie versucht, dies auf Landesebene zu erreichen, was aber relativ schwierig ist, weil die Zahlen, die das Ministerium zur Verfügung stellt, sehr erbärmlich sind. Wenn sich die Staatsregierung zum Ziel gesetzt hat, ihr Energiekonzept zu verwirklichen, kann man durchaus erwarten, dass die Grundlagen dafür und die Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes vorliegen sollten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die FREIEN WÄHLER übertragen dies jetzt auf die kommunale Ebene, was durchaus sinnvoll ist. Deshalb wird der Antrag von uns auch unterstützt. Ich möchte vier Themen ansprechen, die man sich in dem Antrag genauer anschauen sollte.

Erstens. Der Antrag ist kein Antrag auf Erstellung eines Energieleitplans, wie es in der Überschrift steht. Damit schießen Sie über das Ziel hinaus. Sie fordern eigentlich nur eine Bestandsaufnahme. Deshalb ist die Überschrift falsch gewählt. Eine Bestandsaufnahme ist aber durchaus richtig und sinnvoll.

Zweitens. Es wird sicher einige rechtliche Barrieren geben, wenn man die notwendigen Daten bekommen will, um das Projekt verwirklichen zu können. Diese sollte man sich genauer anschauen. Bitte verstehen Sie uns auch hier nicht falsch. Wir sind gerne dabei und würden auch die eine oder andere Gesetzesänderung unterstützen, um die notwendigen Informationen zu bekommen. Ich kann nur aus meiner Heimatstadt, aus Landsberg am Lech berichten. Wir haben das Netz wieder in kommunaler Hand. Vor Übernahme des Netzes wollten wir auch Informationen und Daten darüber bekommen, in welchem Zustand das Netz ist, was investiert wurde, wie stark es ausgelastet ist und wo in den nächsten Jahren investiert werden muss. Alle diese Zahlen haben wir nicht bekommen. Wir mussten Anwälte einschalten, um die Informationen zu bekommen. Wir haben die Informationen letztendlich erst bekommen, als das Netz in den Besitz unseres eigenen Kommunalbetriebs übergegangen ist. Erst ab dann hatten wir die Informationen über das Netz. Zuvor hatten wir sie nicht bekommen. Daran muss sich etwas ändern, um die Energiewende wirklich gestalten zu können.

Drittens. Zu kurz gefasst ist die Nummer 1 b Ihres Antrags. Hier sollte man auch die Wärme mit aufnehmen. Uns allen ist bekannt, dass wir uns im Rahmen der Energiewende in Zukunft dafür einsetzen müssen, dass Biomasse nur mehr für die Kraft-Wärme-Kopplung verwendet wird. Nur so wissen wir, wo die gro-

ßen Wärmeabnehmer sind, die wir benötigen, um sinnvoll planen zu können. Deshalb hätte man unter diesem Punkt auch die Wärme aufnehmen sollen.

Meine vierte Anmerkung betrifft eigentlich den gesamten Antrag, der im Hinblick auf die konkrete Verwirklichung etwas zu kurz gefasst ist. Wir hätten uns gewünscht, dass Sie etwas differenzierter darauf eingehen, ab welcher Größenordnung die Anlagen erfasst werden sollen. Wir müssen wahrscheinlich nicht alle Solaranlagen mit einem kW Leistung erfassen. Deshalb sollte eine Grenze festgelegt werden, ab welcher Größe die Anlagen aufgenommen werden sollen, um ein gutes Gesamtbild zu bekommen. Des Weiteren müsste geklärt werden, wer die Bestandsaufnahme macht. Machen sie die Landratsämter? Macht sie die Energieagentur? Darüber müsste diskutiert werden. Des Weiteren ist zu fragen, ob die Bestandsaufnahme extern ausgeschrieben wird. Zu klären ist auch noch die Kostenfrage.

Wir hätten uns deshalb gewünscht, dass der Antrag nicht als Dringlichkeitsantrag eingereicht, sondern im Ausschuss - nicht in der Kommission! - beraten wird, um die Punkte des Antrags, die ich gerade angesprochen habe, etwas konkreter formulieren zu können. Da der Antrag aber in die richtige Richtung geht, werden wir ihm zustimmen.

Ganz kurz noch zur vorherigen Debatte. Ich finde es schon erstaunlich, wie die Regierungsfractionen mit den Anträgen der Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER umgehen. Einmal sagen Sie, dass man darüber hier nicht diskutieren müsse, weil es die Energiekommission gebe. Sie ziehen aber einen Antrag nach. Mit diesem nachgezogenen Antrag haben Sie, mit Verlaub gesagt, nur die Pressemitteilung der Energieagentur abgetippt und zusätzlich in den Antrag hineingeschrieben, dass diese Pressemitteilung begrüßenswert sei und man ihr deshalb zustimmen solle. So zieht man die Energiewende nur ins Lächerliche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Zeil ums Wort gebeten.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe gerade den Kollegen Wörner nicht, deshalb entgeht ihm mein Lob. Er hat ebenso wie die Kollegen der Koalitionsfractionen einen sehr nachdenklichen Appell an uns gerichtet, wie wir mit einer gemeinsamen Strategie die Energiewende bewältigen. Ich glaube, das war die richtige Tonlage.

Die Staatsregierung hat mit dem Energiekonzept "Energie innovativ" bereits im Mai einen Master- und Leitplan vorgelegt. Das vermisse ich bei den Anträgen manchmal. Unser Konzept ist das detaillierteste Energiekonzept eines Bundeslandes in Deutschland. Das bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen. Dieses Konzept ist durchgerechnet. Für die wesentlichen Fragen werden die bereits gesicherten Zahlen genannt. Deshalb sollten Sie nicht so tun, als müssten wir jetzt bei Null anfangen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Völlig unbestritten ist, dass die kommunale Ebene eine entscheidende Rolle spielt. Wenn ich dann aber von einem staatlichen Energieleitplan lese, warne ich davor, zu glauben, unsere Kommunen hätten es so gerne, dass wir ihnen von München aus alles vorschreiben.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Bei der Windkraft ist das schon einmal schiefgegangen. Deswegen müssen wir beispielsweise mit dem Windkrafterlass die Handreichungen erstellen. Wir müssen im Landesplanungsgesetz die Planungsverbände stärker in die Verantwortung nehmen, um die kommunale Ebene in unser Konzept einzubeziehen, um sie aber auch in die Pflicht zu nehmen.

Meine Damen und Herren, das Wirtschaftsministerium fördert bereits seit rund zwei Jahren die Erstellung interkommunaler Energienutzungspläne. Den Kommunen wird hierfür bereits seit einigen Monaten kostenfrei ein "Leitfaden Energienutzungsplan" zur Verfügung gestellt. Die koordinierenden Aktivitäten - darunter natürlich auch die landesweiten Bestandsaufnahmen und alles, was hier gefordert wird - sind auf Landesebene Aufgabe der Energieagentur "Energie innovativ", die am 1. September ihre Arbeit aufgenommen hat. Natürlich haben wir hier ein bisschen Zeit benötigt; denn man muss die Leute erst einmal einstellen. Sie dürfen aber versichert sein, dass dort ein hervorragendes und fachlich ausgerichtetes Personal zur Verfügung steht.

Wir haben auch über das Thema "Lenkungsausschuss" noch einmal diskutiert. Weil dies eine staatliche Einrichtung ist, haben wir uns mit allen Teilen der kommunalen Familie, die im Beirat vertreten sind, sowie mit anderen wichtigen Institutionen darauf geeinigt, dass der Lenkungsausschuss von Zeit zu Zeit, gemeinsam mit den Kommunen, die Themen, die insbesondere die Kommunen betreffen, fortentwickelt. Wir werden uns aus den Arbeitsgruppen immer wieder berichten lassen, sodass ein enger Schulterschluss besteht. Gleichzeitig haben wir die Regie-

rungspräsidenten als Energiebeauftragte für die Bezirke eingesetzt.

Ich möchte Folgendes sagen: Wir haben das Energiekonzept. Wir haben die Energieagentur. Wir haben die Energiekommission des Landtags. Deshalb habe ich eine herzliche Bitte: Diskutieren wir doch nicht über Strukturen! Wir sollten jetzt schnell und zielorientiert arbeiten, um die Energiewende zu gestalten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger von uns. Wir sollten nicht überlegen, ob wir da oder da noch ein bisschen Struktur schaffen könnten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stehen hier auch im Vergleich mit anderen Bundesländern, in denen Sie regieren. Bezüglich der Gestaltung der Energiewende ist noch kein anderes Bundesland so optimal aufgestellt wie Bayern.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hartmann?

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Selbstverständlich, Herr Kollege Hartmann.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Minister Zeil, ich hätte dazu eine Zwischenfrage: Sie haben gerade angesprochen, dass Sie an der Bestandsaufnahme arbeiten. Mich würde interessieren, wann diese Bestandsaufnahme vorliegen wird und ob diese Bestandsaufnahme auch die Netzinfrastruktur betrifft oder nur die momentan vorhandenen Kraftwerke.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Es wird um beides gehen. Wir müssen dieses Thema im wahrsten Sinne des Wortes "vernetzt" mit den Bemühungen auf Bundesebene sehen. Ihnen ist sicher nicht entgangen, dass es ein Netzausbaubeschleunigungsgesetz gibt und dass die Bundesregierung einen Bundesnetzplan erstellt, in dem übrigens alles, was Sie von uns erwarten, bundesweit fruchtbar geregelt wird, damit diese Forderungen auch Rechtskraft erlangen können.

Wir haben die Kommunen gebeten, uns über die Planungen vor Ort zu informieren, damit wir die Erkenntnisse im Rahmen einer Bestandsaufnahme zusammenfassen können. Dies ist nicht von heute auf morgen möglich, aber die Arbeit läuft. Hier sind alle Beteiligten gefordert. Sie dürfen sich nicht hinsetzen und sagen, der andere müsse etwas tun. Jeder muss liefern.



Meine Damen und Herren, wir haben unsere Bemühungen um die Energienutzungspläne, für die Kommunen und die Schaffung der Berater für die regionalen Planungsverbände, die eine entscheidende Schnittstelle sein werden, im Nachtragshaushalt hinterlegt. Schließlich nützt es nichts, ein Gebiet für eine Windkraftanlage vorzuhalten, wenn weit und breit kein Netz da ist. Deshalb ist es sicher sinnvoll, die Netzbetreiber an dieser Schnittstelle frühzeitig einzubeziehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch zwei Punkte zu dem Thema, wie wir mit Bürgereinwänden umgehen, anführen. Dieses Thema wurde von Herrn Kollegen Wörner angesprochen. Wir werden die Geothermie, die Windkraft, die Wasserkraft und alle erneuerbaren Energien benötigen. Jeder Einzelne von uns muss sich deshalb vor Ort den Bürgern stellen und ihnen sagen: Ja, wir nehmen eure Einwände ernst. Wir müssen aber diesen Weg gemeinsam gehen. Wenn wir nur immer dagegen sind, wird die Energiewende nicht gelingen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Bei meinem letzten Punkt bitte ich gerade die Kollegen von Rot und Grün um Unterstützung. Ich hatte das Vergnügen, den Freistaat Bayern im Vermittlungsausschuss zu vertreten, wo es zum wiederholten Male um einen entscheidenden Baustein der Energiewende ging, nämlich um die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung. Ich möchte Sie herzlich bitten, die Verweigerungshaltung Ihrer Seite überwinden zu helfen, weil wir es den Bürgern nicht vermitteln können, dass wir auf dem Papier nach einer Energiewende rufen und uns dann den notwendigen Entscheidungen verweigern. Darum möchte ich Sie ganz herzlich bitten.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Herr Staatsminister, darf ich Sie bitten, noch einmal für eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Glauber an das Pult zu kommen?

**Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER):** Herr Wirtschaftsminister Zeil, Herr Kollege Tobias Thalhammer hat von der Mitmachdemokratie gesprochen und erklärt, dass die Kommission zu dieser Mitmachdemokratie einlade. Frau Vizepräsidentin Stahl hat zu Recht kritisiert, dass es diese Mitmachdemokratie nicht gebe. Meine Frage an Sie: Wäre es denn nicht notwendig, dass alle Fraktionen des Hohen Hauses auch im Energiebeirat vertreten sind? Das wäre eine Wertschätzung gegenüber diesem Hohen Haus.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):**

Ich will den Beratungen über diesen Antrag nicht vorgreifen, bin aber schon der Meinung, dass wir die einzelnen staatlichen Aufgaben und Teile auseinanderhalten sollten. Das wäre meine Einschätzung dazu. Dies gibt mir Gelegenheit, etwas nachzutragen, weil vorhin angesprochen wurde, wie mein Haus mit der Energiekommission umgeht. Am 27. Oktober ist dieser umfangreiche Fragenkatalog eingegangen. Wir haben darauf am 10. November umfangreichst mit mehreren Anhängen geantwortet. Sollten Fragen offen bleiben, werden wir die Antworten nachreichen. Hier wurde jedoch gesagt, wir wären nicht in der Lage gewesen, unter erheblichem Zeitdruck zu antworten. Dies sollte als Märchen aus der Debatte gestrichen werden.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die beiden Anträge wieder getrennt. Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Glauber und anderer und Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 16/10398 abstimmen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 16/10398, das ist der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Frau Kollegin Dr. Pauli. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt. Jetzt komme ich zum gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion auf Drucksache 16/10419. Hierzu wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte Sie, die Stimmkarten abzugeben. Für die Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung. Die namentliche Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 14.30 bis 14.35 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

(Unruhe)

## Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.11.2011 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Tobias Thalhammer, Karsten Klein, Dr. Franz Xaver Kirschner u. a. und Fraktion FDP, der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Tobias Reiß u. a. und Fraktion CSU; Energiewende gestalten - Umbau der bayerischen Energiewende zielgerichtet vorantreiben (Drucksache 16/10419)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Ackermann</b> Renate		X		<b>Görlitz</b> Erika	X		
<b>Aiwanger</b> Hubert		X		Dr. <b>Goppel</b> Thomas			
<b>Arnold</b> Horst	X			<b>Gote</b> Ulrike			
<b>Aures</b> Inge	X			<b>Gottstein</b> Eva		X	
<b>Bachhuber</b> Martin	X			<b>Güll</b> Martin	X		
Prof. Dr. <b>Barfuß</b> Georg				<b>Güller</b> Harald	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. <b>Bauer</b> Peter		X		<b>Guttenberger</b> Petra	X		
Prof. Dr. <b>Bausback</b> Winfried	X			<b>Hacker</b> Thomas	X		
<b>Bause</b> Margarete		X		<b>Haderthauer</b> Christine			
Dr. <b>Beckstein</b> Günther	X			<b>Halbleib</b> Volkmar	X		
Dr. <b>Bernhard</b> Otmar				<b>Hallitzky</b> Eike		X	
Dr. <b>Bertermann</b> Otto	X			<b>Hanisch</b> Joachim		X	
Dr. <b>Beyer</b> Thomas	X			<b>Hartmann</b> Ludwig		X	
<b>Biechl</b> Annemarie	X			<b>Heckner</b> Ingrid	X		
<b>Biedefeld</b> Susann				<b>Heike</b> Jürgen W.	X		
<b>Blume</b> Markus	X			<b>Herold</b> Hans	X		
<b>Bocklet</b> Reinhold	X			Dr. <b>Herrmann</b> Florian	X		
<b>Breitschwert</b> Klaus Dieter	X			<b>Herrmann</b> Joachim			
<b>Brendel-Fischer</b> Gudrun	X			Dr. <b>Herz</b> Leopold			
<b>Brunner</b> Helmut				<b>Hessel</b> Katja	X		
Dr. <b>Bulfon</b> Annette	X			Dr. <b>Heubisch</b> Wolfgang			
<b>Dechant</b> Thomas	X			<b>Hintersberger</b> Johannes			
<b>Dettenhöfer</b> Petra	X			<b>Huber</b> Erwin	X		
<b>Dittmar</b> Sabine	X			Dr. <b>Huber</b> Marcel			
<b>Dodell</b> Renate	X			Dr. <b>Hünnerkopf</b> Otto	X		
<b>Donhauser</b> Heinz				<b>Huml</b> Melanie	X		
Dr. <b>Dürr</b> Sepp		X		<b>Imhof</b> Hermann	X		
<b>Eck</b> Gerhard				<b>Jörg</b> Oliver	X		
<b>Eckstein</b> Kurt				<b>Jung</b> Claudia			
<b>Eisenreich</b> Georg				<b>Kamm</b> Christine		X	
Dr. <b>Fahn</b> Hans Jürgen				<b>Karl</b> Annette	X		
<b>Fahrenschon</b> Georg				<b>Kiesel</b> Robert	X		
<b>Felbinger</b> Günther		X		Dr. <b>Kirschner</b> Franz Xaver	X		
Dr. <b>Fischer</b> Andreas	X			<b>Klein</b> Karsten	X		
Dr. <b>Förster</b> Linus	X			<b>Kobler</b> Konrad	X		
<b>Franke</b> Anne		X		<b>König</b> Alexander	X		
<b>Freller</b> Karl	X			<b>Kohnen</b> Natascha	X		
<b>Füracker</b> Albert	X			<b>Kränzle</b> Bernd			
<b>Gantzer</b> Peter Paul				<b>Kreuzer</b> Thomas			
Prof. Dr. <b>Gantzer</b> Peter Paul				<b>Ländner</b> Manfred			
<b>Gehring</b> Thomas		X		Graf von und zu <b>Lerchenfeld</b> Philipp			
<b>Glauber</b> Thorsten		X		<b>Lorenz</b> Andreas			
<b>Goderbauer</b> Gertraud							

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. <b>Männle</b> Ursula			
Dr. <b>Magerl</b> Christian		X	
<b>Maget</b> Franz	X		
<b>Matschl</b> Christa	X		
<b>Meißner</b> Christian	X		
Dr. <b>Merk</b> Beate			
<b>Meyer</b> Brigitte	X		
<b>Meyer</b> Peter		X	
<b>Miller</b> Josef	X		
<b>Müller</b> Ulrike			
<b>Mütze</b> Thomas		X	
<b>Muthmann</b> Alexander		X	
<b>Naaß</b> Christa	X		
<b>Nadler</b> Walter	X		
<b>Neumeyer</b> Martin			
<b>Nöth</b> Eduard			
<b>Noichl</b> Maria	X		
<b>Pachner</b> Reinhard	X		
Dr. <b>Pauli</b> Gabriele			X
<b>Perlak</b> Reinhold	X		
<b>Pfaffmann</b> Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. <b>Piazolo</b> Michael		X	
<b>Pohl</b> Bernhard		X	
<b>Pointner</b> Mannfred		X	
<b>Pranghofer</b> Karin	X		
<b>Pschierer</b> Franz Josef	X		
Dr. <b>Rabenstein</b> Christoph	X		
<b>Radwan</b> Alexander	X		
<b>Reichhart</b> Markus		X	
<b>Reiß</b> Tobias	X		
<b>Richter</b> Roland	X		
Dr. <b>Rieger</b> Franz	X		
<b>Rinderspacher</b> Markus	X		
<b>Ritter</b> Florian			
<b>Rohde</b> Jörg	X		
<b>Roos</b> Bernhard	X		
<b>Rotter</b> Eberhard	X		
<b>Rudrof</b> Heinrich	X		
<b>Rüth</b> Berthold			
Dr. <b>Runge</b> Martin		X	
<b>Rupp</b> Adelheid			
<b>Sackmann</b> Markus	X		
<b>Sandt</b> Julika	X		
<b>Sauter</b> Alfred	X		
<b>Scharfenberg</b> Maria		X	
<b>Schindler</b> Franz	X		
<b>Schmid</b> Georg	X		
<b>Schmid</b> Peter	X		
<b>Schmitt-Bussinger</b> Helga	X		
<b>Schneider</b> Harald	X		
<b>Schöffel</b> Martin	X		
<b>Schopper</b> Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
<b>Schorer</b> Angelika	X		
<b>Schreyer-Stäblein</b> Kerstin	X		
<b>Schuster</b> Stefan	X		
<b>Schweiger</b> Tanja		X	
<b>Schwimmer</b> Jakob			
<b>Seidenath</b> Bernhard			
<b>Sem</b> Reserl			
<b>Sibler</b> Bernd	X		
<b>Sinner</b> Eberhard			
Dr. <b>Söder</b> Markus			
<b>Sonnenholzner</b> Kathrin	X		
Dr. <b>Spaenle</b> Ludwig	X		
<b>Sprinkart</b> Adi		X	
<b>Stachowitz</b> Diana			
<b>Stahl</b> Christine		X	
<b>Stamm</b> Barbara	X		
<b>Stamm</b> Claudia		X	
<b>Steiger</b> Christa	X		
<b>Steiner</b> Klaus	X		
<b>Stewens</b> Christa	X		
<b>Stierstorfer</b> Sylvia	X		
<b>Stöttner</b> Klaus	X		
<b>Strehle</b> Max	X		
<b>Streibl</b> Florian		X	
<b>Strobl</b> Reinhold	X		
Dr. <b>Strohmayer</b> Simone	X		
<b>Taubeneder</b> Walter	X		
<b>Tausendfreund</b> Susanna		X	
<b>Thalhammer</b> Tobias	X		
<b>Tolle</b> Simone		X	
<b>Unterländer</b> Joachim	X		
Dr. <b>Vetter</b> Karl			
<b>Wägemann</b> Gerhard			
<b>Weidenbusch</b> Ernst	X		
<b>Weikert</b> Angelika	X		
Dr. <b>Weiß</b> Bernd			
Dr. <b>Weiß</b> Manfred	X		
Dr. <b>Wengert</b> Paul	X		
<b>Werner</b> Hans Joachim			
<b>Werner-Muggendorfer</b> Johanna	X		
<b>Widmann</b> Jutta			
<b>Wild</b> Margit	X		
<b>Will</b> Renate	X		
<b>Winter</b> Georg	X		
<b>Winter</b> Peter	X		
<b>Wörner</b> Ludwig	X		
<b>Zacharias</b> Isabell	X		
<b>Zeil</b> Martin	X		
<b>Zeitler</b> Otto	X		
<b>Zellmeier</b> Josef	X		
Dr. <b>Zimmermann</b> Thomas	X		
<b>Gesamtsumme</b>	109	31	1